

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Er scheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreispaltige
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 11.

Freitag, den 5. Februar

1892.

Bekanntmachung, den 31. Gebammendistrict betreffend.

Fräulein **Vina Hedwig Kirbach** in Köhrsdorf ist am 30. vor. Mts. als Hebamme für den 31. Gebammendistrict des hiesigen Verwaltungsbezirkes, bestehend aus den Gemeinden Köhrsdorf, Klipphausen, Sora, Lampersdorf und Lügen beziehentlich mit den dazu gehörigen selbstständigen Gutsbezirken in Pflicht genommen worden.
Meißen, am 1. Februar 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung!

Theaterextrazug Potschappel - Wilsdruff.

Dienstag, den 9. Februar d. J.,

verkehrt, im Anschluß an den 11 Uhr 15 Minuten Abends von Dresden-Mitstadt abgehenden Personenzug, ein Personenzug von Potschappel nach Wilsdruff in folgendem Fahrplane:

Abfahrt von Potschappel 11 Uhr 40 Min. Abends.
Ankunft in Wilsdruff 12 Uhr 24 Min. Vorm.

Der Extrazug hält an allen Verkehrsstellen der Linie.
Wilsdruff, am 1. Februar 1892.

Zur Mitfahrt berechnen die gewöhnlichen Fahrarten.

Königliche Bahverwaltung.

Tagesgeschichte.

Die „B. P. N.“ schreiben in Sachen des preussischen Volksschulgesetzes: „Die Fragen grundsätzlicher Natur, welche die Debatte über das Volksschulgesetz beherrschten, haben in weiteren Kreisen die finanzielle Seite der Sache zurücktreten lassen, obwohl auch in dieser Beziehung in den ersten Stadien der Verhandlung Auffassungen kundgegeben sind, welche einem positiven Ergebnisse ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten geeignet erscheinen. Bekanntlich steht der Entwurf eine dauernde Erhöhung der Staatsanforderungen für die Volksschule im Betrage von 9000000 M. vor und nimmt die Entnahme derselben aus den Mehreträgen der neuen Einkommensteuer in Aussicht. Der letztgedachte Vorschlag ist namentlich von dem Gegner der konservativen Partei sehr lebhaft bekämpft und die Uebernahme der Mehraufwendungen auf allgemeine Staatsfonds gefordert worden. Die Erfüllung dieser Forderung ist aber finanziell einfach unmöglich, sofern nicht die für den Staatshaushalt verfügbaren Einnahmen des Staates um den gleichen Betrag erhöht werden. Es bedarf der Versicherung nicht, daß die Staatsregierung sich zu dem unter dem materiellen wie formellen Gesichtspunkte gleich unerwünschten Vorschlage nicht entschließen haben würde, wenn sich ein anderes Mittel geboten hätte, jenen Mehrbedarf von 9000000 Mark finanziell zu fundiren. Die Etatsdebatte hat Uebereinstimmung aller Theilnehmenden darüber ergeben, daß nur mit äußerster Sparsamkeit das Gleichgewicht in dem Staatshaushalt aufrecht erhalten werden kann, erhebliche dauernde Mehraufwendungen aber ohne ernstliche Störungen desselben in der nächsten Zeit nicht angängig sind. Ob und wann eine Besserung eintreten wird, ist nicht voraus zu bestimmen. Bisher deuten manche Anzeichen darauf hin, daß der Endpunkt der rückläufigen Bewegung noch nicht erreicht ist. Ohne entsprechende Verstärkung der Einnahmen wäre daher eine dauernde Mehrbelastung der Staatskasse in Höhe von 9000000 M. nichts anderes, als die Anweisung auf ein ständiges Defizit in gleicher Höhe, mithin finanziell ganz unzulässig. Da auf der ganzen Linie der Betriebsverwaltungen eine Erhöhung der Ueberschüsse zur Zeit unmöglich ist, bleibt zu dem Zwecke der Beschaffung der erforderlichen Deckungsmittel für jene 9000000 M. nur die Wahl der Erhöhung der bestehenden Steuern bzw. der Neueinführung solcher oder der Heranziehung der Reserven, welche in den für besondere Zwecke disponiblen Staatsmitteln gegeben sind. Das erstere Mittel vermag aber vollständig, Einkommen- und Gewerbesteuer sind sieben neu geordnet und können daher unmöglich, alsbald wieder erhöht werden. Die Grund- und Gebäudesteuer, deren thunlichst weitgehende Kommunalisierung erstrebt wird, kommt naturgemäß gar nicht in Betracht. Die Erbschaftsteuer ist in der letzten Session abgelehnt worden und kann daher nicht in Rechnung gestellt werden. Von jenen Reserven sind drei vorhanden: die Provinzialdotationen, die Ueberweisungen aus der lex Huene, sowie die für Steuerreformzwecke reservirten Mehreträge der Einkommensteuer. Darüber, daß eine Kürzung der Provinzialdotationen völlig ausgeschlossen ist, wird kein Zweifel bestehen. Die Kürzung der Ueberweisungen aus der lex Huene war im vorigen Jahre in Aussicht genommen, ist aber auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen. Es blieb also thatsächlich nichts übrig, als der von der Regierung gemachte Vorschlag, Will man diesen nicht und doch auf das Volksschulgesetz verzichten, so wird man einen andern Weg finden müssen, um der Staatskasse die Mittel zur Bestreitung des Mehrbedarfs zuzuführen. Geschieht dies nicht, so wird es dem Gesetze an

der erforderlichen finanziellen Unterlage und somit an der Möglichkeit der Durchführung gebrachen.

In preussischen Abgeordnetenhaus sind bereits zahlreiche Proteste gegen das neue Volksschulgesetz aus liberalen Versammlungen und von Gemeindevorstellungen eingegangen. Aus verschiedenen konservativen Versammlungen sind Beschlüsse zu Gunsten der Vorlage eingelaufen. In den nächsten Wochen werden noch massenhaft Versammlungen in den verschiedensten Landestheilen abgehalten werden, die sich alle mit der Tagesfrage beschäftigen werden. Die Sozialdemokraten wollen aus Anlaß des Gesetzes eine neue lebhaft Agitation zum Austritt aus der Landeskirche entfalten. Einen sehr heftigen Angriff auf die Nationalliberalen bringt die Kreuzzeitung, die behauptet, die genannte Partei versuche durch Hinterthüren eine Aenderung im liberalen Sinne zu verhindern. Es wird von anderer Seite darauf aber hingewiesen, daß ein Theil der nationalliberalen Partei wenigstens zu Kompromissen geneigt ist. Was an allen diesen mehr oder minder sensationellen Gerüchten Wahrheit ist, wird die Kommissionsberatung lehren.

In Berlin sind dieser Tage seitens der Polizei Hausdurchsuchungen bei bekannten Sozialisten vorgenommen worden. Es wurden hierbei eine Anzahl Bücher und Schriften aufreizenden Inhalts aufgefunden und beschlagnahmt, außerdem verhaftete die Polizei 15—20 Personen, darunter auch selbständige Gewerbetreibende. Auf der Post beschlagnahmte die Polizei anarchoistische Schriften, die aus England gekommen waren.

Dem Daily Telegraph zufolge sollen 20,000 Juden aus allen Theilen Polens im März mit Genehmigung der Regierung nach den Kolonien des Barons Hirsch in Argentinien auswandern.

Gerüchtwiese verläutet hier, die spanische Regierung sei entschlossen, dem Dreihunde beizutreten. Der Botenchafter Mondos soll durch einen dem Dreihunde freundlich gesinnten Botenchafter ersetzt werden.

Zwischen Frankreich und Spanien ist es vorläufig zu keinem handelspolitischen Einverständnis gekommen, ein Zollkrieg zwischen beiden Ländern ist daher nicht unwahrscheinlich. Die beiderseitigen Regierungen suchen durch öffentliche Erklärungen ihre Stellungnahme zu rechtfertigen und sich gegenseitig die Schuld an dem einflussreichen Scheitern der handelspolitischen Verhandlungen zuzuschreiben. In Madrid herrscht eine sehr erregte Stimmung gegen Frankreich wegen des neuen Zollregimes letzteren Landes und wird die Regierung von allen Seiten aufgefordert, Repressalien gegen den französischen Handel zu ergreifen.

Der Dampfer „Mortimer“ ist bei Grey-Harbour gescheitert. 20 Menschen sind ertrunken.

Das neue Stahlschiff „Ferndale“, von Australien mit 2000 Tonnen Kohlen nach Portland in Oregon unterwegs, ist an der Mündung des Kolumbiastromes gänzlich gescheitert. 20 Personen, darunter der Kapitän und die Offiziere, ertranken. Nur drei Matrosen sind gerettet.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Der am hiesigen Königlichen Amtsgericht als Referendar längere Zeit thätig gewesene Herr Arthur Kaiser ist unterm 26. vorigen Monats nach bestandenen Staatsexamen zum Assessor ernannt worden.

Wir bemerken auch an dieser Stelle, daß nächsten Dienstag wiederum ein Theaterextrazug zwischen Potschappel und hier verkehren wird und verweisen auf das in heutiger Nummer unseres Blattes befindliche amtliche Inserat.

— Bezüglich der Reformirung der Volksschulbücher sind von verschiedenen Seiten Petitionen an die jetzt tagenden Landstände abgegeben worden. Die Frage interessiert das ganze Land und es wäre zu wünschen, daß sich alle Kreise an diesen Petitionen beteiligen möchten. In den Volksschulen Sachsens sind demalsten 23 verschiedene Lehrbücher eingeführt. Diese Verschiedenartigkeit muß unbedingt schädigend auf die Schulverhältnisse einwirken, noch mehr aber dann, wenn sogar in einem Schulinspektionsbezirke mehrere Lehrmethoden gebildet werden. Hiernächst muß Wandel geschaffen werden, soll nicht von allen Seiten der Wunsch rege werden, daß der Staat die Beschaffung der Bücher übernehmen möchte.

— Verschiedene Blätter bringen Artikel, die sich mit einer Verfügung beschäftigen, welche Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg als kommandirender General zur Bekämpfung der in der sächsischen Armee vorgekommenen Mißhandlungen von Untergebenen erlassen hat. Diese Verfügung ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, authentisch. Die an diese Verfügung geknüpften Schlussfolgerungen müssen jedoch zum Theil als verfehlt bezeichnet werden. Die Verfügung dürfte vielmehr den Beweis erbringen, daß Niemand mehr als die höchsten Stellen unserer Armee es aufs Tiefste beklagen, daß ähnliche Ausschreitungen haben vorkommen können und daß in der Armee mit hohem Ernste und mit allen Mitteln darnach gestrebt wird, ähnliche Mißstände durch unachtsamige Bestrafungen und durch geeignete Ermahnungen nach Möglichkeit zu bekämpfen. — Die der Verfügung zu Grunde liegenden Thatsachen sind nach dem Wortlaute derselben folgende: „Mehrfach ergeben die Akten, daß die Rekruten, sowie auch ältere Leute Wochen, ja Monate lang mit einer gewissen Regelmäßigkeit in jeder Woche mehrmals, oft auch täglich, und zwar meist bis zu 50 Hieben „geschäftet“ und zu den bis zur Ermattung fortgesetzten Übungen des Kniebeugens, des Gewehr- und Schmelztreuens gezwungen worden sind. Dabei haben sich die betreffenden Unteroffiziere und Gefreiten demmaßen verhalten, daß sie die fraglichen Mißhandlungen in Gemeinschaft mit Untergebenen ausgeführt oder auch in eigenmächtiger Annahme einer Strafgewalt ihren Untergebenen befohlen haben, gewisse körperliche Nützlichungen vorzunehmen. Derartige Zustände sind namentlich beim Fußartillerieregiment Nr. 12 und beim 6. Infanterieregiment Nr. 105 hervorgerufen. Auf einen hohen Grad der eingerissenen rohen Gemüths- und Gefühlslosigkeit lassen unter vielen anderen besonders nachstehende Fälle schließen. — Unteroffizier Zwahr (3. Kompagnie Fußartillerieregiment Nr. 12) schon dadurch strafbar, daß er Gewehrstreifen in der Frühstückspause und des Abends, als er bereits zu Bette lag, sich von Ersatzreserven und zwar bis zu 500 Mal vornehmen ließ, stellte eines Tages einen Napf voll heißen Kaffees auf einen Stuhl, welchen der Rekrute Hunger auf- und abwärts zu strecken hatte, und ließ das Strecken so lange fortsetzen, bis der Napf herunterfiel und der heiße Kaffee dem Hunger über Gesicht und Körper lief. — Der Obergefreite Hoffmann (1. Kompagnie Fußartillerieregiment Nr. 12) ließ dem Kanonier Dohert fast täglich mit dem Stiefelschloß oder mit dem Säbelschloß, und zwar stets in Gemeinschaft mit einem anderen Gefreiten, Hiebe, öfters bis zu 100 und 150 verabfolgen und wiederholt langdauernde Gewehrübungen machen. Als er einmal eine solche Übung unter lautem Zählen 1889 mal hatte wiederholen lassen, fiel Dohert in Ohnmacht und mußte vom Lazarethgehilfen in Behandlung genommen werden. — Unteroffizier Weise (1. Kompagnie Fußartillerieregiment Nr. 12)